

Herausgeber:

Gerhard Wettig  
Geschäftsführender Herausgeber  
Hans Apel  
Herbert von Borch  
Klaus Ritter  
Walter Scheel  
Helmut Schmidt  
Horst Teltschik  
Richard von Weizsäcker

# AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für  
internationale  
Fragen**

Klaus Driever

**Probleme einer nachholenden Integration:  
Irische Erfahrungen in der EG/EU**

Gert Weisskirchen

**Ukraine am Scheidewege**

Hans-Hermann Höhmann / Christian Meier

**Der Weltwirtschaftsgipfel von Neapel – eine neue  
politische Rolle für Rußland?**

Alfred Dregger

**Eindämmung der atomaren Gefahr**

Hanns W. Maull

**Nordkoreas Atomwaffenprogramm:  
Genese, Motive, Implikationen**

Volker Stanzel

**Der Umbruch des Sozialismus in China**

Carsten Herrmann-Pillath

**Wachstum und Weltmachtanspruch in China**

Klaus Frhr. von der Ropp

**Südafrika im Zeichen des „Ausbruchs von Frieden“?**

Uwe Kaestner

**Lateinamerika 1994: Realitäten und Herausforderungen**

Dieter Weiser

**„Geopolitik“ – Renaissance eines umstrittenen Begriffs**

**Neue Literatur: Bücher**

45. Jahrgang **4/94**

4. Quartal 1994 Verlagsort Hamburg DM 12,50

# AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

---

Jg. 45

4. Quartal 1994

Klaus Driever <b>Probleme einer nachholenden Integration: Irische Erfahrungen in der EG/EU</b>	316
Gert Weisskirchen <b>Ukraine am Scheidewege</b>	326
Hans-Hermann Höhmann / Christian Meier <b>Der Weltwirtschaftsgipfel von Neapel – eine neue politische Rolle für Rußland?</b>	337
Alfred Dregger <b>Eindämmung der atomaren Gefahr</b>	347
Hanns W. Maull <b>Nordkoreas Atomwaffenprogramm: Genese, Motive, Implikationen</b>	355
Volker Stanzel <b>Der Umbruch des Sozialismus in China</b>	365
Carsten Herrmann-Pillath <b>Wachstum und Weltmachtanspruch in China</b>	375
Klaus Frhr. von der Ropp <b>Südafrika im Zeichen des „Ausbruchs von Frieden“?</b>	384
Uwe Kaestner <b>Lateinamerika 1994: Realitäten und Herausforderungen</b>	393
Dieter Weiser <b>„Geopolitik“ – Renaissance eines umstrittenen Begriffs</b>	403
<b>Neue Literatur: Bücher</b>	413

---

HERAUSGEBER: Gerhard Wettig, Hans Apel, Herbert v. Borch,  
Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Horst Teltschik,  
Richard von Weizsäcker.

REDAKTION: Dr. Gerhard Wettig, p.a. Bundesinstitut für ost-  
wissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22,  
D-50823 Köln, Telefon: 02 21-5 74 71 29, Fax: 02 21-5 74 71 10.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS Verlag GmbH, Hartwicusstraße 3-4,  
D-22087 Hamburg, Telefon: (0 40) 2 28 07-0, Fax: 22 80 72 60,

Verleger: Karin Reinecke,

Anzeigen: z. Z. ist Preisliste Nr. 13 gültig.

Druck: Wullenwever-Druck Heine KG, Grapengießstraße 30,  
D-23556 Lübeck.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,- zzgl. Versandkosten. Studenten: 20 % Rabatt, Bestellung nur beim Verlag. Preis des  
Einzelheftes DM 12,50.

Abbestellungen zum Ende des Berechnungszeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen.

---

## Südafrika im Zeichen des „Ausbruchs von Frieden“?

*Die Allianz von Afrikanischem Nationalkongreß und Südafrikanischer Kommunistischer Partei hat die Wahlen von Ende April 1994 hoch gewonnen und der Kap-Republik wider alle Erwartungen Stabilität gegeben. Klaus Frhr. von der Ropp, Köln, der die Wahlen vor Ort als Beobachter der EU verfolgte, geht den Gründen für diese Entwicklung nach und zeigt die Perspektiven Südafrikas auf.*

### Das Ausbleiben der „ungezählten Varianten der Barbarei“

Vor kaum mehr als zwei Jahren stellte der Schriftsteller und Maler Breyten Breytenbach, der wegen seines Kampfes gegen Apartheid in den siebziger Jahren in Pretoria eine siebenjährige Haftstrafe verbüßte, die These auf, Südafrika werde binnen kurzem die ungezählten Varianten der Barbarei durchlaufen<sup>1</sup>. Allgemein war vor den ersten demokratischen Wahlen in der fast 350jährigen Geschichte der Kap-Republik die Sorge weit verbreitet, sie werde Somalia, Angola, Ruanda, Georgien und Bosnien-Herzegowina in den Abgrund folgen. Die Furcht vor der Zukunft war umso größer, als der Bruch Südafrikas mit dem Rassismus weniger eine Entscheidung Pretorias als die Frucht einer brillianten, von Sir Robin Renwick (von 1987 bis 1991 britischer Botschafter in Südafrika) geprägten britisch-amerikanisch-sowjetischen Diplomatie der Vermittlung<sup>2</sup> war.

Was sprach in den Augen fast aller an der Zukunft der Kap-Republik Interessierten gegen das Gelingen des südafrikanischen Experiments? Das von Rassismus zerrissene Land verfügt nicht über demokratische und, noch schwerwiegender, nicht über rechtsstaatliche Erfahrungen; kaum eine andere Gesellschaft ist so sehr von Gewalttätigkeit aller Art geprägt wie die Südafrikas. Neben der politischen Intoleranz des Apartheidstaates ist die extreme Arbeitslosigkeit die Hauptursache der horrenden Kriminalität. Die Existenz einer verlorenen Generation, zu der etwa ein Viertel der ca. 30 Mio. schwarzen Südafrikaner zählt, verweist auf die Langfristigkeit der Probleme. Abhilfe erschien umso unwahrscheinlicher, als der starke Einfluß von Mitgliedern der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP)<sup>3</sup> in der Führung des *African National Congress* (ANC) wie auch in dem ihm verbundenen *Congress of South African Trade Unions* (Cosatu) inländisches wie ausländisches Kapital davon abhält, in Südafrika zu investieren. Für die Wirtschaft ist beunruhigend, daß die

1 Afrique du Sud/L'écrivain Breyten Breytenbach dénonce la „culture stalinienne“ de l'ANC, in: *Le Monde*, 5. 6. 1992; Paul Zulu, Form of Violence in South Africa and the Responsibilities for its Control, in: *African Defence Review* (Halfway House), März 1994, S. 17-21.

2 Einzelheiten bei Klaus Frhr. von der Ropp, Perspektiven der unvollendeten Revolution in Südafrika, in: Albrecht Zunker (Hrsg.), *Weltordnung oder Chaos?*, Baden-Baden: Nomos 1993, S. 388-402.

3 John Kane-Berman, SACP: They aren't inside... they are on top, in: *Weekly Mail & Guardian* (Johannesburg), 4./10. 2. 1994, S. 9; vor allem auch Joe Slovo, Has socialism failed?, in: *South African Labour Bulletin* (Johannesburg), Februar 1990, S. 11-28.

SACP unter Mißachtung aller historischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse — in Wiederholung Marx'scher Kernsätze — einem utopischen Sozialismus das Wort redet.

Der Sprache der Versöhnung des ANC-Präsidenten Nelson Mandela und des übrigen moderaten Flügels des ANC steht diejenige des radikalen Lagers gegenüber: Dessen Sprecher, darunter Winnie Mandela und Peter Mokaba, der Vorsitzende der Jugendliga des ANC, fordern unverändert die revolutionäre Umgestaltung Südafrikas. Ähnlich wie bei Kundgebungen des *Pan Africanist Congress* (PAC) — sein Slogan war noch stets: „Ein Siedler, eine Kugel“ — wurden bei vielen ANC-Kundgebungen Forderungen wie „Tötet den Farmer, tötet den Buren“ oder „Vergeudet eure Kugeln nicht, bewahrt sie für de Klerk auf“ laut. Entsetzen löste im weißen Südafrika aus, daß im August 1993 eine Gruppe von etwa tausend in der *Police and Prison Officers Civil Rights Union* (Popcru) organisierter und schwer bewaffneter Polizisten und Gefängnisaufseher — begleitet von Angehörigen der ANC-Guerillaarmee *Umkhonto we Sizwe* (MK) — durch Braamfontein/Johannesburg marschierte und genau diese Parolen skandierte.

Für weitere Unsicherheit sorgte die Tatsache, daß die Interimsverfassung, auf die sich die am Demokratisierungsprozeß beteiligten Parteien im November 1993 einigten<sup>4</sup>, keinen verfassungsrechtlich abgesicherten Minderheitenschutz vorsieht. Angesichts der Zerrissenheit der südafrikanischen Gesellschaft — Apartheid reichte bis in die Klöster — ein ebenso erstaunliches wie unbefriedigendes und nur mit der intellektuellen Schwäche der Regierung von Staatspräsident F.W. de Klerk zu erklärendes Ergebnis jahrelanger Verhandlungen. An die Regierungen der Europäischen Union (EU), die seit Mitte 1993 bemüht sind, einen Stabilitätspakt zur Lösung von Minderheitenproblemen (und Grenzfragen) in den ehemals kommunistischen Staaten zustandezubringen<sup>5</sup>, ist in diesem Zusammenhang die Frage zu richten, weshalb sie — mit der Ausnahme Großbritanniens und Portugals — den Parteien des Vielvölkerstaates Südafrika nicht dabei behilflich waren, schon in die Übergangsverfassung Lösungen für diese in der Kap-Republik existentiellen Probleme aufzunehmen.

Vieles spricht allerdings dafür, daß sich die ANC/SACP-Allianz durch den Opportunismus westlicher Staaten nicht beeinflussen läßt. Insbesondere der SACP-Vorsitzende Joe Slovo, der als Gründer der Guerillaarmee des ANC im schwarzen Südafrika über sehr viel Autorität verfügt und in Kempton Park der große Stratege war, wird immer die Notwendigkeit von Nachverhandlungen noch vor den Wahlen gesehen haben. Obwohl sie noch 1993 aufgenommen wurden, war bis Ende April 1994 die Besorgnis angebracht, die *Inkatha Freedom Party* (IFP) konservativer Zulus und die Konservative Partei (KP) bzw. *Afrikaaner Volksfront* (AVF) weißer Reformgegner würden den Urnengang boykottieren und durch dessen Sabotage einen Bürgerkrieg auslösen. Es war dann, wie im einzelnen noch auszuführen sein wird, der

<sup>4</sup> Siehe dazu den glänzenden Aufsatz von Robert von Lucius, Eine stille Revolution in Südafrika um drei Uhr in der Frühe, in: FAZ vom 18. 11. 1993, S. 2.

<sup>5</sup> Edouard Balladur und Helmut Kohl, Die Eröffnungskonferenz für einen Stabilitätspakt in Europa, in: FAZ vom 27. 5. 1994, S. 3.

Weitsicht des ANC und seiner Verbündeten zu danken, daß Tage vor der Wahl IFP und mit der neu gegründeten Vryheids Front (VF) des charismatischen Generals Constand Viljoen — sie hatte sich zuvor von der AVF/KP-Allianz gelöst — auch die gemäßigt konservativen weißen Gegner de Klerks dazu gebracht wurden, doch noch an der Parlamentswahl teilzunehmen.

Wenn es am Vorabend der Wahlen statt zur Katastrophe<sup>6</sup> zum „Ausbruch von Frieden“ kam, so ist das zuvörderst auf den Großmut des ANC unter Führung des Friedensnobelpreisträgers Nelson Mandela — ein hoher deutscher Diplomat nannte ihn bereits Anfang 1990 einen Propheten — zurückzuführen. Aber auch IFP, PAC, VF und das AVF/KP-Bündnis hatten Ende April 1994 begriffen, was der liberale Dissident Van Zyl Slabbert und sein Ko-Autor David Welsh 15 Jahre zuvor in die Worte gekleidet hatten: „Die einzige Hoffnung, eine Basis für eine einvernehmliche Konfliktlösung zu finden und zu bewahren, ist jene, daß die Antagonisten eine Ahnung von dem Abgrund an Gewalt, wirtschaftlichem Desaster und all dem übrigen Elend haben, das aus einem unbegrenzten Konflikt folgt“<sup>7</sup>. Das galt 1993/94 umso mehr, als die USA und dritte Staaten die südafrikanischen Parteien hatten wissen lassen, daß es keine UN-Intervention in einem südafrikanischen Bürgerkrieg geben würde.

### Die Schlußphase der Verfassungsverhandlungen

Den ursprünglichen Plänen der ANC/SACP-Allianz entsprechend wurden die Verhandlungen über die Zukunft des Landes ab September 1992 auf bilateraler Ebene, d. h. zwischen ihr und der Regierung de Klerk geführt. Bezeichnend war für sie ferner, daß sich nach allem, was bekannt wurde, die USA und vielleicht selbst Großbritannien nicht länger besonders intensiv in sie einmischten; eine „interventionistische Diplomatie“ wie Renwick und, ihn stützend, die USA sie zuvor betrieben hatten, hätte in dieser Phase des Umbruchs gestört. Allerdings gilt das nur mit einer wichtigen Ausnahme: London und Washington dürften bei der im März 1993 von de Klerk bekanntgegebenen Zerstörung<sup>8</sup> von sechs fertigen und einer siebenten, noch im Bau befindlichen Atombombe eine sehr wesentliche Rolle gespielt haben. Die beiden Westmächte wollten um jeden Preis verhindern, daß eine vom ANC geführte Regierung über Nuklearwaffen verfügen würde; schon die Sorge vor Proliferation — etwa durch ihren Verkauf an dem ANC eng verbündete Regime im Nahen und Mittleren Osten — gebot ihre Zerstörung.

Die Bemühungen von Regierung und ANC/SACP-Allianz, bislang abseits stehende Parteien in den Verhandlungsprozeß einzubeziehen, hatten im März/April 1993 fürs erste Erfolg. Denn es gelang, die KP zur erstmaligen Teilnahme und die IFP zur Rückkehr an den Verhandlungstisch in Kempton Park zu bewegen wie auch den PAC stärker in den Prozeß einzubinden. Während das Verhandlungsziel der IFP, eine weitgehende Förderalisierung Südafrikas, klar auszumachen war, war das der KP — sie forderte für die weißen Südafrikaner einen „Volksstaat“ — bestenfalls vage. Noch

6 Dazu Friedrich-Ebert-Stiftung, *Südafrika vor den Wahlen*, Frühjahr 1994, Bonn.

7 South Africa's Options/Strategies for Sharing Power, Cape Town and London: David Philip, S. 119.

8 Jeremy Shearan, *Denuclearization in Africa: The South African Dimension*, in: *Disarmament/A Periodic Review by the United Nations* (New York) 1993/2, S. 171-185.

weniger als die Regierung de Klerk 1989/90 zu Beginn des Verhandlungsprozesses war die KP auf Verhandlungen mit dem „Antichristen“ vorbereitet. Selbst führende Mitglieder der KP wie der frühere General und Chef des militärischen Geheimdienstes Martinus Groenewald vertraten noch Mitte 1993 die Meinung, unter Außerachtlassen des ANC mit den in früheren Jahren von Pretoria eingesetzten Machthabern der Bantustans über die Schaffung eines wohl im nördlichen und östlichen Transvaal, im Oranje Freistaat und im nördlichen Natal gelegenen Volksstaates verhandeln zu können<sup>9</sup>. So konnte es nicht wundernehmen, daß die KP-Delegation unter Führung von Ferdinand Hartzenberg bei den Verhandlungen in Kempton Park zwar physisch präsent war, sich an ihnen aber nicht beteiligte.

Die Rolle der rechtskonservativen KP wurde wichtiger, als sie sich im Mai 1993 mit der faschistischen *Afrikaaner Weerstandsbeweging* (AWB) Eugen Terreblanches und der gemäßigt konservativen *Afrikaaner Volksunie* (AVU) sowie etwa 20 konservativen oder reaktionären Splittergruppen unter dem Dach der neugegründeten *Afrikaaner Volksfront* (AVF) zusammenschloß. Wie lose dieser Zusammenschluß war, kam u. a. darin zum Ausdruck, daß die AVF nie an den Verhandlungen in Kempton Park teilnahm; das taten jedoch unverändert zwei ihrer Mitglieder, nämlich die damals bedeutungslose AVU und die seinerzeit gefolgschaftsstarke KP.

Ihre Heterogenität hinderte die AVF in der Folgezeit daran, eine einheitliche und in den Verhandlungen mit ANC/SACP durchsetzbare Konzeption eines Volksstaates und weitere Elemente des Schutzes der Interessen des *Afrikanerdoms* zu erarbeiten. Zudem dominierten in der AVF die anachronistischen Positionen von Hartzenberg und Terreblanche über jene des durch und durch gemäßigten Viljoen. Dem letzteren gelang es übrigens schon bald, den Respekt Mandelas und der übrigen mit ihm verhandelnden ANC-Angehörigen zu gewinnen<sup>10</sup>. Viljoens Bedeutung liegt für ANC und SACP darin, daß er unter den aktiven Berufssoldaten und -polizisten und noch mehr unter den Angehörigen der Reservistenverbände (*Commandos*, *Citizen Force* und *Polizeireserve*) höchste Autorität genießt. Als Persönlichkeit dürfte er darüber hinaus auch unter afrikaanssprachigen Angehörigen der Bürokratie, unter Mitarbeitern der Energieversorgungsunternehmen, unter Farmern und Bergleuten — die letzteren haben im Berufsleben lange mit Explosivstoffen gearbeitet — über deutlich mehr Autorität verfügen als de Klerk, was immer sie Ende April 1994 gewählt haben mögen. Hier ist bedeutsam, daß der im Januar 1994 unternommene erste Schritt zur Schaffung von gemeinsamen Sicherheitskräften, die Aufstellung einer 10.000 Angehörige umfassenden Gendarmerie (*National Peace Keeping Force*, NPKF) scheiterte. Angehörige von SADF, MK und den Streitkräften verschiedener Bantustans ließen sich nicht zusammenführen.

Mit der vier Monate später verfügten Auflösung der NPKF wuchs die Bedeutung der herkömmlichen Sicherheitskräfte (inclusive ihrer eher reformfeindlichen Kräfte<sup>11</sup>) für

9 „Jugoslawien am Kap“, Interview in: Der Spiegel 22/1993, S. 174-177.

10 S. etwa das Interview mit Nelson Mandela in: The Star (Johannesburg) vom 25. 4. 1994, S. 11: „...General Viljoen is a very honest man...“; ferner das Interview mit Van Zyl Slabbert „Toyi-toying into a hopeful future“ in: The Star vom 27. 4. 1994, S. 10.

11 Dazu detailliert Bill Sass, The Might of the Right/Four Horsemen of the Apocalypse, in: African Defence Review, März 1994, S. 37-41.

die künftig regierende ANC/SACP-Allianz. Sie werden der neuen Regierung etwa bei der Verhängung eines Notstandsregimes — die desolote sozio-ökonomische Lage der Mehrheit der Bevölkerung wird einen solchen Schritt über kurz oder lang unumgänglich machen — nur unter der Voraussetzung loyal dienen, daß auch ihre Interessen respektiert werden. Analoges gilt — und das ist die vielleicht noch stärkere Waffe der VF — für die Produktion von Nahrungsmitteln (Mais) für die oft hungernde schwarze Bevölkerung. Mit anderen Worten, Loyalität auch in kritischen Situationen nur *versus* Konzessionierung eines Volksstaates!

Es waren dann die Unfähigkeit der AVF zu Verhandlungen und die mangelnde Konzessionsbereitschaft von ANC/SACP und NP gegenüber IFP, die KP und IFP den Verhandlungstisch Mitte 1993 verlassen ließen. Damit wuchs die Gefahr eines Bürgerkrieges in Südafrika. Die Folge war eine stetig wachsende Bereitschaft von ANC/SACP, NP, IFP, PAC AVF, KP und selbst AWB zu bilateralen Verhandlungen mit jedem politischen Gegner.

Dennoch war zu erkennen, daß sich die ANC/SACP-Allianz mit ihren Vorstellungen von der Interimsverfassung gegenüber der NP de Klerks nahezu vollständig durchsetzen würde. Die Allianz würde das Ergebnis erzielen, von dem Joe Slovo, der Vorsitzende der SACP und der effizienteste Unterhändler in allen Verhandlungsrunden, kurze Zeit später zu Recht schrieb: „Wenn ich das Resultat insgesamt betrachte, so kann ich ohne Zögern feststellen, daß wir mehr oder weniger das bekommen haben, was wir anstrebten“<sup>12</sup>.

Dem ANC und seinen Verbündeten war immer klar, daß im Interesse der Stabilität des Nach-Apartheid-Südafrika mit IFP und AVF nachverhandelt werden mußte. Allerdings wollten sie die Nachverhandlungen selbst gestalten und sich darin nicht durch die NP — unter ihren Mitgliedern und übrigen Wählern gab es viele IFP-Sympathisanten und latente AVF-Unterstützer — stören lassen.

### Ergebnisse der Verhandlungen über die Interimsverfassung

Die Interimsverfassung wurde Mitte November 1993 gegen den Widerstand von IFP, AVF und einigen marginalen Parteien verabschiedet und ist Anfang Mai 1994 in Kraft getreten. Ihre Geltung ist auf zwei Jahre begrenzt.

Die Übergangsverfassung orientiert sich in vielem an dem deutschen Grundgesetz als der jüngsten und damit modernsten Verfassung eines demokratischen Staates. Allerdings ist die Stellung der neun südafrikanischen Provinzen insgesamt — etwa bei der Finanzverfassung — schwächer als die der deutschen Bundesländer<sup>13</sup>. Noch schwerwiegender ist, daß es der Regierung de Klerk nicht gelang, die Aufnahme von Klauseln in die Verfassung durchzusetzen, wonach — dies im Interesse der die ethnischen Minderheiten repräsentierenden Parteien — Südafrika auf Dauer von einer Koalition der zwei oder drei stärksten Gruppierungen zu regieren sei. Die ANC/SACP-Allianz war als bei weitem stärkste politische Kraft nicht bereit, auf

12 The Negotiations Victory, in: The African Communist (Johannesburg), 1993/4. Quartal, S. 6-13 (12); Chris Louw, „NP the only winner with new concessions... the National Party can finally claim some negotiating victories...“, in: Weekly Mail & Guardian vom 25. 2./3. 3. 1994, S. 7.

13 Ulrich Karpen, Südafrika als Bundesstaat — Einheit in Vielfalt, in: FAZ vom 17. 5. 1994, S. 10.



Dauer die Macht mit Dritten zu teilen. Statt dessen — auch das eine Initiative Joe Slovos<sup>14</sup> — wird Südafrika seit den Wahlen für fünf Jahre von einer von ANC/SACP, NP und IFP gebildeten Regierung der Nationalen Einheit regiert; sie kann ihre Entscheidungen mit der Mehrheit ihrer Mitglieder treffen. Bis zu den Aprilwahlen blieb die Regierung de Klerk im Amt. Ihr wurde mit dem *Transitional Executive Council* (TEC) eine Art Nebenregierung zur Seite gestellt, der alle ca. 20 Parteien angehörten, die Mitte November 1993 der Interimsverfassung zugestimmt hatten. Die letztere enthält gut 30 „Prinzipien“, die die Verfassungsgebende Versammlung bei ihrer Arbeit an der neuen Verfassung zu beachten hat und die sicherstellen sollen, daß das neue Südafrika ein demokratischer Rechtsstaat sein wird.

### Zu den Nachverhandlungen mit IFP und AVF/VF

Keiner Verhandlungen bedurfte es mit den Marionettenregimen Lucas Mangope und Oupa Gqozo in den Bantustans Bophutatswana und Ciskei. Sie wurden beide im März 1994 — wie von niemandem anders erwartet — Opfer des von ihnen geforderten Boykotts der Aprilwahlen. Zunächst veranlaßten Unruhen in Bophutatswana die Regierung de Klerk und den TEC, Mangope abzusetzen und mit Hilfe der SADF — deren Führung sich zuvor der Unterstützung von Constand Viljoen gewissert hatte! — selbst die Verwaltung des Territoriums zu übernehmen. In Ciskei hatten Pretoria und der TEC kurze Zeit später ein noch leichteres Spiel. Bereits die Drohung, ihm wegen der von seinen Soldaten im September 1992 in Bisho begangenen Morde an ANC-Demonstranten vor Gericht zu stellen, ließ Gqozo nach seiner eigenen und seines Regimes Entmachtung rufen.

Bedeutsam war dagegen der Widerstand der IFP unter ihrem zum bewaffneten Widerstand entschlossenen Vorsitzenden Mangosuthu Buthelezi. Mit ihrer Forderung nach der Stärkung föderaler Strukturen des neuen Südafrika und damit einer Festschreibung der Position des Zulu-Monarchen in der Provinz KwaZulu/Natal war IFP auch in den Verhandlungen Ende 1993 wiederum an der ANC/SACP-Allianz gescheitert. Die letztere beharrte auf ihrem Standpunkt, daß die in Jahrhunderten der Rassentrennung gewachsene Zerrissenheit der südafrikanischen Gesellschaft am ehesten in einem zentralistisch organisierten Staat zu überwinden sei. Als König Goodwill Zwelithini dann Ende März 1994 — und dies in den Grenzen der vorkolonialen Zeit, d.h. der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts — das „souveräne Königreich KwaZulu“ ausrief, war die Kap-Republik einem Bürgerkrieg sehr nahe. Pretoria und der TEC kamen dem zuvor, indem sie über KwaZulu/Natal ein Notstandsregime verhängten. Zuvor holten sie wiederum Viljoens Zustimmung ein. Vielleicht wird nie bekannt werden, was die IFP dann am Vorabend der Wahlen ihre Boykothaltung aufgeben ließ. Es erscheint ausgeschlossen, daß die ANC/SACP nur die Verankerung des Amtes des Königs der Zulus in der Übergangsverfassung konzidierte. Angesichts des überraschend guten Wahlergebnisses der IFP in Kwa Zulu/Natal (gut 50 Prozent) und auf nationaler Ebene (gut 10 Prozent) liegt die Ver-

<sup>14</sup> Negotiations: What room for compromise?, in: *The African Communist* 1992/3, S. 36-40.



mutung nahe, daß jene „höhere Macht“, die laut Patti Waldmeir<sup>15</sup> im Mai 1994 bei der „Aushandlung“ (!) der Wahlergebnisse beteiligt war, bereits vor den Wahlen aufgetreten ist. Sollte das wirklich der Fall gewesen sein, so würden der Britte Renwick, zuvor in Südafrika zu Recht als eine „Excellent Excellency“ betitelt<sup>16</sup>, im ANC und in der SACP (Joe Slovo!) ähnlich brillante Mitspieler gefunden haben.

Eine Spitzenleistung afrikanischer Verhandlungskunst waren die im August 1993 aufgenommenen Gespräche zwischen ANC/SACP und der im Mai 1993 gegründeten AVF<sup>17</sup>. An ihnen war auch die NP beteiligt; vertreten wurde sie durch Verfassungsminister Roelf Meyer, einen Gegner der in seiner Partei kontrovers diskutierten Volksstaat-Idee. Als Vermittler zwischen ANC/SACP und AVF waren der Theologe Abraham Viljoen und der deutsch-namibianische Geschäftsmann Jürgen Kögl beteiligt. So wichtig es für den Erfolg dieser Verhandlungen und damit die Verhinderung eines Bürgerkrieges vor oder nach den Aprilwahlen war, möglichst viele der oppositionellen weißen Afrikaner in sie einzubeziehen, so mußte die Allianz doch daran interessiert sein, die AVF in ein konservatives Lager (Viljoen) und ein solches der Reaktionäre (Terreblanche und Hartzenberg) zu spalten. Die letzteren waren im Grunde nicht zu Verhandlungen mit der Allianz über die Schaffung eines Volksstaates bereit. Sie wollten ihn — wohl im Transvaal gelegen — auch auf die Gefahr hin, so einen Bürgerkrieg auszulösen, einseitig ausrufen. Der moderate Flügel war dagegen bereit, über die Schaffung eines Volksstaates der Afrikaner mit der ANC/SACP-Allianz zu verhandeln. Entsprechend der für diese AVF-Fraktion von dem liberalen Dissidenten Van Zyl Slabbert ausgearbeiteten „strategischen Option“ war die „Teilung Südafrikas auf Kosten der Weißen“ („*sacrificial partition*“) in einem langwierigen Verhandlungsprozeß, der über die Aprilwahlen hinausreichen würde, auszuhandeln. Lange Monate erweckten öffentliche Veranstaltungen der AVF den Eindruck, daß die Mehrheit ihrer Anhänger deren militantem Flügel angehöre. Die Rolle der AWB, einer der Gründerorganisationen der AVF, beim Sturz der Regierung Lucas Mangope in Bophutatswana — sie versuchte deren Entmachtung zu verhindern — führte dann im März 1994 zum Auszug der moderaten Kräfte aus der AVF. Letztere nannten sich fortan Freiheitsfront (*Vryheids Front*/VF). Deren Programm blieb — und das trug wesentlich zu ihrem äußerst schwachen Wahlergebnis von gut 2 Prozent auf nationaler und gut 3 Prozent auf regionaler Ebene bei — vage. Nie wurde klar, wo in Südafrika der Volksstaat liegen würde, ob es sich bei ihm um einen weißen oder nicht-rassischen afrikaans Volksstaat handeln würde, und ob der Volksstaat politisch vom übrigen Südafrika unabhängig sein würde. So konnte die VF die Zweifel ihrer potentiellen Wähler an der Realisierbarkeit ihrer Vorstellungen nie ausräumen. Die traditionelle Parteilichkeit der afrikaans Medien zu Gunsten der NP tat ein übriges zu Lasten der VF.

Selbst wenn die ANC/SACP-Allianz die numerische Schwäche der VF schon vor der Wahl gekannt hätte, sie hätte kaum anders gehandelt. Denn sie mußte immer damit

15 Spirit of reconciliation sweeps aside letter of vote/The election was deeply flawed, but nearly everyone likes the outcome, in: Financial Times (London) vom 7./8. 5. 1994, S. 3.

16 Klaus Frhr. von der Ropp (Anm. 2).

17 Abraham Viljoen, Taming the tiger, in: Democracy in Action (Kapstadt), April 1994, S. 5-7; Nokwanda Sithole, The „Promised“ Afrikanerland, in: Southern African Political & Economic Monthly (Harare), November 1993, S. 60-63.

rechnen, daß das unvermeidliche Absinken des Lebensstandards gerade der armen, in der Regel afrikaanssprachigen Weißen diese veranlassen würde, sich von der NP ab- und (bestenfalls) der VF zuzuwenden. Ferner kennt sie nur zu gut die Bereitschaft auch der VF — nach dem Scheitern von Verhandlungen — zu versuchen, der Allianz durch Bürgerkrieg einen Volksstaat abzutrotzen<sup>18</sup>.

Einen ersten wichtigen Erfolg erzielte die AVF, als im Februar 1994 ein zusätzliches, das 34. „Prinzip“, in die Übergangsverfassung aufgenommen wurde. Es autorisiert die zwei Monate später gewählte Verfassungsgebende Versammlung, für solche kulturell definierten Gruppen, die ein entsprechendes Interesse ihrer Mitglieder nachweisen können, in der endgültigen Verfassung Südafrikas das Recht auf Selbstbestimmung zu verankern. Konkret bedeutet dies, daß die Verfassungsgebende Versammlung über die Einrichtung eines „Volksstaates“ debattieren wird. Einzelheiten zu alledem werden — auch das wurde in die Übergangsverfassung eingefügt — von einem „Volksstaat-Rat“ — seine 20 Mitglieder wurden Mitte Juni 1994 von VF-Parlamentariern gewählt — bewältigt werden. In Ergänzung zu alledem unterzeichneten am 23. April 1994 Vertreter des ANC, der VF wie auch solcher der Regierung de Klerk im Amtssitz des südafrikanischen Staatspräsidenten im Union Building/Pretoria und im Beisein von US-Botschafter P. Lyman und EU-Beobachtern einen „Vertrag über die Selbstbestimmung der Afrikaner zwischen der VF, dem ANC und der südafrikanischen Regierung/NP“. Darin wurden Einzelheiten des weiteren Procedere in der Frage der möglichen Schaffung eines Volksstaats geregelt.

Niemand wird heute sagen können, welche Ergebnisse diese Verhandlungen haben werden. Die Rede, die der sehr einflußreiche Erste Vizepräsident Südafrikas, Thabo Mbeki, anläßlich der konstituierenden Sitzung des Volksstaatsrates am 16. Juni 1994 in Pretoria hielt, ist allerdings mehr als ein Indiz dafür, daß die seit Mitte 1994 auch von dem KP-Vorsitzenden Hartzenberg angestrebten Verhandlungen mit der Ausrufung eines Staates der Afrikaner erfolgreich abgeschlossen werden. Mbeki brachte zum Ausdruck, daß Viljoen es war, der durch seine Politik den Ausbruch eines Bürgerkrieges verhinderte. Entscheidende Impulse wird die Idee des Volksstaates erhalten, sollte sich Afrikaans als Amtssprache neben dem Englischen nicht behaupten können. Für diesen Fall sprach sich sogar Breyten Breytenbach, ein weltweit anerkannter Gegner des alten Regimes, im Dezember 1993 im südafrikanischen Fernsehen zu Gunsten von dessen Gründung aus. Beachtung sollte finden, daß die Provinz West Kap mit ihrer großen afrikaanssprachigen Mehrheit seit den Wahlen mit Hennis Kriel über einen Ministerpräsidenten verfügt, der zwar der NP angehört, von dem jedoch allgemein bekannt ist, daß er ein verkappter „Volksstaater“ ist.

### Hat das neue Südafrika eine Chance zur Stabilität?

Die Konzessionsbereitschaft der ANC/SACP-Allianz gegenüber IFP, VF und auch NP machte es möglich, daß die Wahlen Ende April 1994 bei einem Minimum von

18 Constand Viljoen, First Steps on way to a promised land, Interview in: The Star vom 21. 4. 1994, S. 21; General Martinus Groenewald, Accomodate us or we may be forced to resort to resistance politics/A volksstaat is a small price to pay for peace..., in: Weekly Mail & Guardian vom 11./17.2.1994, S. 13; Jan Taljaard, AVF militants gain ground/With the 'strategic option' finding little favour among right wingers, plans to declare a volksstaat could be put in motion as early as this month, in: ebenda, S. 6.

Gewaltakten reaktionärer Kreise — KP und AWB blieben bei ihrem Boykott — stattfanden. Niemand wird ernstlich bestreiten können, daß sie weder frei noch gar fair waren. Gleichwohl dürfte sich in dem Wahlergebnis von 62,5 Prozent für ANC/SACP, (wohl geschönte) 20,4 Prozent für die NP — die Mehrzahl ihrer Wähler sind jetzt „Coloureds“ und „Inder“ — und (sicher geschönte) 10,5 Prozent für die IFP das Kräfteverhältnis der südafrikanischen Parteien treffend widerspiegeln. Daß sie das Ergebnis „aushandelten“<sup>19</sup>, ist natürlich ein grober Verstoß gegen die elementaren Grundsätze einer demokratischen Ordnung, hat jedoch die Kap-Republik vor dem Absturz ins Chaos bewahrt.

Ob Südafrika über die nur zu berechtigte Euphorie der ersten Stunde hinaus eine Chance zur Stabilität hat, wird vor allem davon abhängen, ob es der seit Anfang Mai 1994 amtierenden Regierung von Staatspräsident Nelson Mandela gelingt, den in vielen Fällen unlösbar erscheinenden gigantischen Herausforderungen im sozio-ökonomischen Bereich gerecht zu werden<sup>20</sup>. Landesweit liegt die Arbeitslosigkeit bei 50 Prozent; in einzelnen Regionen ist sie noch höher. Die Zahl der Schwarzen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, übertrifft selbst diese Daten. In einer Zeit weiter zunehmender Bedeutungslosigkeit und Marginalisierung des gesamten subsaharischen Afrika in der Weltpolitik ist es nicht einfach, hier Hoffnung zu hegen. Und dennoch muß die von ANC und SACP dominierte neue Regierung in den kommenden zwölf Monaten mit einer merklichen Verbesserung der Lebensverhältnisse von Millionen von Menschen aufwarten können. Während die NP — auch in wirtschaftlichen Fragen vertritt sie heute das Gegenteil dessen, wofür sie zuvor 40 Jahre lang gestritten hat — einer neo-liberalen Wirtschaftspolitik das Wort redet, hat die ANC/SACP-Allianz sich nach langen, für die Ideologen in den eigenen Reihen schmerzlichen Debatten mit ihrem „Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm“ (RDP) für eine Konzeption entschieden, die eher als marktwirtschaftlich zu interpretieren ist. In dieser Richtung liegen auch die Personalentscheidungen Mandelas bei der Bildung seiner Regierung: Finanzminister blieb Derek Keys; sein Stellvertreter ist allerdings der aus Cosatu hervorgegangene Kommunist Alec Erwin. Auch Chris Stals, der Gouverneur der Zentralbank, wurde in seinem Amt bestätigt. Mit der Durchsetzung des RDP wurde schließlich Minister Jay Naidoo, der starke frühere Cosatu-Generalsekretär beauftragt. Hier ist nicht der Raum, wirtschaftspolitische Fragen in der gebotenen Detailliertheit anzusprechen. So sei nur festgestellt, daß die Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen, der Bau von Hunderttausenden von Wohnungen, die Kostenfreiheit des zehnjährigen Schulbesuchs und eine fundamentale Verbesserung im Gesundheitswesen in den kommenden fünf oder sechs Jahren ebenso notwendige wie utopische Zielsetzungen sind.

19 S. die in Anm. 15 angeführte Arbeit sowie Robert von Lucius, In Südafrika hat der Machtwechsel begonnen/...Kritik der Wahlbeobachter, in: FAZ vom 9. 5. 1994, S. 1, 2.

20 Zu alledem Axel Halbach, Südafrika vor einem Neubeginn: Wirtschaftliche Probleme und Perspektiven, in IFO Schnelldienst (München) 15/94, S. 34-45